

Gottes Recht auf Erden

- von Paul Bernhard Rothen -

Die Vordenker der Moderne haben die biblischen Verheissungen säkularisiert: Das Recht, das Christus den Gläubigen zuspricht, haben sie umgemünzt in ein allgemeines Menschenrecht: Jeder Mensch soll – hier auf Erden schon – eine Würde haben, wie sie die Bibel den Kindern Gottes verspricht. Nun deckt die Flüchtlingskrise auf, dass Europa dieses Versprechen nicht halten kann. Im Unterschied zu Realpolitikern hält Angela Merkel trotzdem daran fest, dass die europäische Sozialordnung sich ausrichten muss an einem Recht, das den Menschen nicht angeboren, sondern von Gott geschenkt sei.

Das himmlische Bürgerrecht

Durch Jesus Christus haben wir Anteil bekommen an den Rechten und Pflichten des Gottesvolkes. Die Trennwand zwischen dem erwählten Volk Israel und den Heidenvölkern ist gefallen (Eph 2, 14-22). „Hier ist nicht Jude noch Grieche, nicht Sklave noch Freier“, alle sind zur Freiheit und vollen Teilhabe an der Gotteskindschaft berufen, jubelt der Apostel Paulus (Gal 3, 28). Alle dürfen ungehindert beten, allen ist zugesagt, dass Christus ihre Sünde mit sich ins Grab genommen hat und für sie einstehen wird im letzten Gericht. Alle stehen aber auch in der Pflicht, den Namen Gottes zu bekennen, zum Lauf des Gotteswortes beizutragen und wenn nötig für das Bekenntnis zu Jesus Christus ihr Leben zu opfern.

Dieses himmlische Bürgerrecht erhalten wir einzig und allein dadurch, dass Gott es uns zusprechen lässt und wir es im Glauben fassen. Das hat Martin Luther neu erkannt und mit aller Schärfe herausgestellt: „Aus Glauben in Glauben“ wird die Gerechtigkeit Gottes offenbart (Röm 1, 16.17). Nichts, was wir von Geburt an mitbringen, und nichts, was wir mit frommen Werken zu leisten vermögen, trägt etwas bei zu dem, was wir vor Gott sind.

Familiäre und nationale Rechte und Pflichten

Von Natur aus haben alle Menschen Rechte und Pflichten, die ihnen nicht unmittelbar durch Gottes Wort, sondern von ihrer Familie oder ihrem Volk vererbt und übertragen worden sind. Gemäß dem Bibelwort greifen in diesem „Naturgegeben“ zwei völlig unterschiedliche Realitäten ineinander: Sowohl das, was Gott mit seinem ursprünglichen Schöpfungswillen beabsichtigt hat, wie auch das, was durch den Betrug der Sünde daraus geworden ist (1. Mose 1, 27;

3, 5.22; 8, 21). Deshalb werden den Menschen durch ihre Geburt sehr unterschiedliche Lose zuteil. Es ist ungerecht: Die einen wachsen hinein in die Aufgabe, in einem wohl geordneten Land ein großes Familienvermögen zu verwalten oder gewaltige technische Fähigkeiten weiterzuentwickeln. Andere sind hineingeboren worden in lähmende Armut, werden zu Opfern von jahrhundertealten sozialen Konflikten oder sind gefordert, sich in bitteren Streitigkeiten zwischen Sippen, Clans und Volksstämmen zu bewähren.

Das von Gott zugesprochene – ein „deklariertes“ Recht?

Das Recht, das wir vor Gott haben können, ist geschenkt. Wenn man es reduziert auf das, was wir Menschen davon zu spüren bekommen, könnte man formulieren: Es ist deklariert. Es gilt, unabhängig davon, was wir von ihm sichtbar machen können, nur eben, weil Gott es um Jesu Christi so will.

Mit dieser Neuentdeckung hat Martin Luther der spätscholastischen Kirchenlehre das Genick gebrochen. Es ist nicht so, dass Gottes Gnade zur Antriebskraft wird in einem Prozess, der uns Schritt um Schritt immer gerechter werden lässt. Es ist nicht so, dass diese Gerechtigkeit zur Vollendung bringt, was von Natur aus in uns angelegt ist. Es ist nicht so, dass die Gnade Gottes die Natur vollendet. Vielmehr – so akzentuiert Calvin Luthers Entdeckung überscharf – hat Gott vor aller Zeit festgelegt, dass den Erwählten die Gerechtigkeit zugerechnet wird.

Wenn nun die moderne Zeit den Menschen ins Zentrum stellt und die Gnade Gottes reduziert auf das, was sich menschlich davon fassen lässt, wird alles auf eine fast nicht zu durchdringende Weise falsch. Denn Gott hat die Gerechtigkeit, die er den Glaubenden zurechnet, ja nicht einfach nur deklariert. Er hat Abraham berufen und das Volk Israel erschaffen und geduldig durch dessen Treulosigkeiten hindurch getragen. Und er hat, als die Zeit erfüllt war, seinen Sohn gesandt, damit dieser die Sünde der Welt wegträgt. Er hat das Recht der Gläubigen erworben durch das, was sein Sohn für sie gelitten hat. Und er lässt das durch die Taufe und das Abendmahl wirksam werden an allen, die ihm vertrauen. Sie werden ergriffen von seinem Wort und verändert durch die Erneuerung ihres Sinnes (Phil 3,12; Röm 12,2).

Säkularisiertes Gottesrecht

Nach der französischen Revolution und der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika und dann in einem zweiten großen Anlauf noch wieder nach dem Grauen des Zweiten Weltkriegs wurden die Allgemeinen Menschenrechte deklariert. In ihnen sind die Verheißungen der Bibel und der Versuch, sie mit modernen Erkenntnissen zu überbieten, zu einem undurchdringlichen Amalgam verschmolzen.

Die Menschenrechte deklarieren: Alle Menschen, gleich welcher Religion oder Nation, haben eine unveräußerliche Würde. Diese Würde sei ihnen *angeboren*, sagen die klassischen Formulierungen. Nein, hat nun unlängst die deutsche Bundeskanzlerin präzisiert: Sie seien allen Menschen von Gott *geschenkt*. Damit macht Angela Merkel deutlich, dass sie instinktiv wohl weiß, was sie tut. Sie will die Menschenrechte nicht als etwas sehen, das den Menschen angeboren ist. Sonst würde dieses Recht die Menschen auch festlegen auf das, was ihnen von Natur aus, durch ihren Vater und ihre Mutter mitgegeben ist. Das aber sind – wie gesagt – sehr unterschiedliche und ungerechte Vorgaben! Angela Merkel aber ist evangelische Christin. Sie will in Europa das Christliche (wie sie es versteht) zur Geltung bringen! Sie will darum das Naturhafte überbieten mit dem, was Christus den Menschen zuspricht. Die Würde des Menschen definiert sie deshalb als das, was den Menschen nicht angeboren, sondern von Gott geschenkt ist. In der Erklärung der Menschenrechte, meinte der theologische Lehrer ihres Vaters, Karl Barth, erkennt man als Christ *Gleichnisse des Himmelreiches*. Das Recht der Bürgergemeinde soll geformt werden von dem Recht der Christengemeinde. So hat der einflussreichste Theologe des 20. Jahrhunderts die Zusagen des Evangeliums verallgemeinert und zur Grundlage einer Weltdeutung gemacht, die in allen Menschen das sehen will, was sie gerechtfertigt durch Christus sind – unabhängig davon, ob sie getauft sind und was sie persönlich glauben.

Nach diesem Verständnis hat Gott nicht exklusiv in Israel etwas getan, das er nun exklusiv den Menschen, die ihm glauben, zuspricht. Sondern er hat an Israel und an Jesus Christus nur offenbart, was er grundsätzlich allen Menschen zuteilt. Die Getauften haben nichts, was nicht alle anderen auch haben. Sie sehen nur klarer, was die allgemeinen Menschenrechte zum Ausdruck bringen: Alle Menschen haben dasselbe geschenkte Recht, für das schon alles getan ist. Niemand muss dafür noch etwas tun oder leiden. Diese Gottesgabe muss nur noch erkannt und das Zusammenleben in seinem Licht dann neu vereinbart und „umgesetzt“ werden. Wer dazu nicht bereit sei, dem fehlt es an gutem Willen, Mut zur Erkenntnis und Liebe. Er ist unaufgeklärt, verfangen in einem Rassen- oder einem anderem Wahn.

Der Grundmythos der Moderne

Voraussetzung für ein solches Verständnis ist die „idealtypische Geschichte“, mit der die Dichter und Denker das Entstehen der modernen Gesellschaft in ein überirdisches Licht getaucht haben. Thomas Hobbes, Immanuel Kant, Gotthold Ephraim Lessing und andere haben den Mythos geschaffen, der die westlichen Völker glauben lässt, dass mit ihren Lebensordnungen eine Zeit angebrochen sei, die besser sei als alle vorangehenden. Um sich aus dem Krieg aller gegen

alle zu retten, hätten die Menschen alle auf ihre angeborenen Rechte verzichtet, diese an den Staat abgegeben und sie dann (mit angemessen verteilten Pflichten) wieder von ihm zurück erhalten. „Der Gesellschaftsvertrag“ bilde die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben; er schaffe das Wunder, dass die Menschen aus freier Einsicht auf ihre Autonomie verzichten, verbindliche Regeln beschließen und so in Würde zusammenleben. Nicht ein natürliches, angeborenes, sondern das vereinbarte, das „positiv“ in Verträgen festgelegte Recht sei maßgebend. Insbesondere der Bürger der Calvinstadt Genf, Jean-Jacques Rousseau, hat dafür geworben, das gemeinsame Wohl auf ein solches deklariertes Recht abzustützen. Das nährt die Illusion, das Gute lasse sich ohne weiteres machen – wenn nur alle es miteinander vereinbaren.

Zynismus und missionarischer Anspruch

Von Anfang an gab es auch Kritiker, die darauf hinwiesen, diese Geschichtsschreibung sei ein Phantasieprodukt, das die Realität schön färbe, um sich den Herrschenden anzudienen. Johann Georg Hamann etwa schrieb bitter: Man kann gut die Frauen verspotten, weil sie es angeblich nicht wagen, „sich furchtlos ihres Verstandes zu bedienen“, wie Immanuel Kant das tut, wenn einem das „wohldisziplinierte Heer“ Friedrichs des Großen zur Seite steht und man „als alter Hagestolz“ nichts weiss von dem, was die Frauen real erfahren. Was nützt es, wenn mir die Denker erklären, dass ich ein allgemeines Menschenrecht habe – wenn die Produktionsverhältnisse mich zwingen, meine Arbeit zu einem Hungerlohn zu verkaufen, lautete die Kritik von Karl Marx. Warum schicken die westlichen Staaten ihre Wirtschaftsberater und schließen mit unseren Herrschern Handelsverträge, nur damit sie für die Produkte aus ihren Fabrikhallen noch größere Absatzmärkte bekommen? So fragten moderne islamische Denker wie Abdul Wahab oder Hassan al-Banna. Mit wachsendem Hass konstatierten sie: Die Vereinbarungen müssen interpretiert werden, und der Westen nimmt arrogant für sich in Anspruch, er allein könne die zukunftsweisende Interpretation geben. Er will alle Welt beglücken mit seinen Herrschaftsordnungen, die er demokratisch nennt, und mit den Menschenrechten, von denen seine Denker behaupten, sie seien der krönende Abschluss der Menschheitsentwicklung.

Realpolitik und christlicher Idealismus

Mit seiner Selbstsäkularisierung hat Europa den Anspruch erhoben, dass sich das, was im Christlichen richtig und menschenwürdig ist, auch ohne Christus und seine Sakramente verwirklichen lässt. Das Evangelium wurde vereinnahmt für ein innerweltliches Wertsystem. Dadurch verstricken sich die westlichen Völker jetzt in neue Scheinheiligkeiten. Die deutsche Bundeskanzlerin ist vergleichsweise ehrlich. Sie möchte das, was auf geduldigem Papier deklariert

worden ist, in eine anständige Praxis umsetzen. Ein Realpolitiker wie François Hollande soll darum im vertrauten Kreis geäußert haben, sie sei „durchgeknallt“. Wahrscheinlich ist Angela Merkel selber nicht klar, was für einen hohen Anspruch sie erhebt. Sie möchte den Knoten zerschlagen, an dem sich die getauften Völker während Jahrhunderten abgearbeitet haben. Sie möchte die Tür aufstoßen für ein Zusammenleben, wie es sich auf dieser Welt noch nie hat etablieren können. Martin Luther hat solche Versuche als „Schwärmerei“ bezeichnet. Und Karl Barth hat den Reformator deswegen abgekanzelt: Dieses Urteil Luthers sei unbegreiflich.

Erden- und Himmelsbürger

Das Evangelium jedoch sagt einfach und klar, was von den Menschen gefordert ist, die aus der Gerechtigkeit leben, die ihnen von Gott zugesagt ist. Wer jetzt schon so leben will, wie es seinem himmlischen Bürgerrecht entspricht, darf und muss aus gottgleichen Ressourcen schöpfen. Dem, der ihm den Rock nehmen will, soll er auch das Hemd geben, und mit dem, der ihn dazu nötigt, soll er zwei statt nur eine Meile gehen (Mt 5, 38ff.). Er soll seinen Leib als ein lebendiges Opfer hingeben (Röm 12, 1.2).

Wie das hohe „Ich aber sage euch“ der Bergpredigt und die alltagspraktischen Mahnungen des Apostels Paulus zusammenstimmen und was sie nun wirklich von den Gläubigen fordern, war je und je beunruhigend. Im hohen Mittelalter lehrte die römische Kirche, es sei die Aufgabe der Mönche, stellvertretend für alle anderen den „evangelischen Räten“ nachzuleben. Mit der Reformation wurde es zur persönlichen Gewissenssache, wie die Jesusworte das persönliche Verhalten prägen sollten. Viele haben in Beruf und Familie, im Gemeinwesen und in einer kirchlichen Mission ihr Leben geopfert, damit die Liebe Gottes ihr geheimnisvolles Werk vollbringe. Doch nie zuvor hat ein Volk versucht, das von Gott geschenkte Recht zur Grundlage einer allgemeinen Sozialgesetzgebung zu machen und allen notleidenden Menschen dieser Welt Zuflucht zu versprechen. Wenn Deutschland das zu leisten und die übrigen europäischen Länder mit in diese Pflicht zu nehmen versucht, ist das ein Anspruch, der die evangelische Glaubensgerechtigkeit zu einer innerweltlichen Realität machen möchte: Die Europäische Gemeinschaft soll allen Menschen das Recht gewähren, das nach den Worten des Evangeliums Gott denen schenkt, die glauben und getauft sind.

Paul Bernhard Rothen, *1955, ist Pfarrer und wurde 1990 promoviert mit seiner Arbeit über das Schriftprinzip bei Martin Luther und bei Karl Barth